

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 05.03.2026
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:59 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Luitjens, Stefan

SPD-Fraktion
Hemken, Harald für Gertrud Rehling (ab 17:02 Uhr)
Koziolk, Stephan-Gerhard
Warnecke, Detlef für Sabine Noetzel

CDU-Fraktion
Heidrich, Wolfram
Verlee, Gerold

Gruppe GRÜNE feat. Urmel
Borchers, Sebastian (ab 17:09 Uhr)
Göring, André

FDP-Fraktion
von Gliszczynski, Alexander

GfE-Fraktion
Martens, Michael

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst Erster Stadtrat

von der Verwaltung
Ubben, Wolfgang
de Boer, Stefan
Flessner, Thomas
Snakker, Kerstin
Hensmann, Rainer
Hilbers, Sabine

Protokollführung
Klaaßen, Celina

Gäste
Althaus, Thorsten
Kokkelink, Tobias (bis 17:43 Uhr)
Merten, Martje (bis 17:16 Uhr)
Schneider, Wilfried (bis 17:16 Uhr)

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.03.2026

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Luitjens begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 16 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 03.12.2025

Beschluss: Das Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 03.12.2025 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing der Stadt Emden GmbH für das Geschäftsjahr 2024
Vorlage: 18/1921

Herr Luitjens begrüßt Frau Merten und bittet um ihre Ausführungen.

Frau Merten stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Prüfung des Jahresabschlusses 2024 vor. Die Präsentation ist [hier](#) einsehbar.

Herr Luitjens bedankt sich.

Die Abstimmung erfolgt unter Ausschluss der vom Mitwirkungsverbot betroffenen Personen.

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.03.2026

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing der Stadt Emden GmbH, werden beauftragt

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2024 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Zukunft Emden GmbH für das Geschäftsjahr 2024
Vorlage: 18/1922

Herr Luitjens begrüßt Herrn Schneider und bittet um seine Ausführungen.

Herr Schneider stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Jahresabschluss 2024 vor. Die Präsentation ist [hier](#) einsehbar.

Herr Luitjens bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr von Gliszczyński bedankt sich für die Vorstellung der aktuellen Jahresabschlüsse und merkt an, dass dieses leider nicht immer selbstverständlich sei.

Die Abstimmung erfolgt unter Ausschluss der vom Mitwirkungsverbot betroffenen Personen.

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2024 anzunehmen,
2. der Einstellung des Jahresüberschusses in die Gewinnrücklage zuzustimmen und
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des optimierten Regiebetriebes Rettungsdienst, Ergebnisverwendung und Entlastungserteilung für den Oberbürgermeister
Vorlage: 18/1923

Herr Luitjens begrüßt Herrn Althaus und bittet zunächst Herrn Fleßner um seine Ausführungen.

Herr Fleßner stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Prüfergebnis vom Jahresabschluss 2021 des Rettungsdienstes vor. Die Präsentation ist [hier](#) einsehbar.

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.03.2026

Abschließend weist Herr Fleßner darauf hin, dass der Jahresabschluss 2022 derzeit in der Prüfung sei. Der Jahresabschluss 2023 werde derzeit aufgestellt und kurzfristig dem Rechnungsprüfungsamt zur Verfügung gestellt.

Herr Luitjens bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Verlee begrüßt es, dass der Geschäftsführer anwesend sei, um zu den verantwortlichen Bereichen Stellung zu nehmen. Er richtet die Frage an Herrn Althaus, ob die Abläufe in seinem Bereich reibungslos funktionieren würden. Weiter erklärt er, in diesem Aufgabenfeld sei es entscheidend, einen engagierten und durchsetzungsstarken Ansprechpartner zu haben, der gegenüber den Krankenkassen die notwendigen Mittel einfordere, da diese Gelder erfahrungsgemäß nicht freiwillig ausgezahlt würden. Darüber hinaus erkundigt sich Herr Verlee nach dem aktuellen Stand der bereits früher thematisierten Klage sowie der kommissarischen Besetzung.

Herr Göring bedankt sich für die kurze Darstellung und betont, dass man mit der Aufarbeitung der Jahresabschlüsse deutlich vorankomme. Er erinnert daran, dass noch vor kurzer Zeit der Jahresabschluss 2014 beschlossen worden sei und hebt hervor, dass nun große Schritte in Richtung Aktualität gemacht würden. Gleichzeitig merkt er an, dass die vorliegenden Zahlen für das Jahr 2021 aus heutiger Sicht nur begrenzt aussagekräftig seien.

Anschließend stellt Herr Göring mehrere grundsätzliche Fragen, um ein besseres Verständnis für die finanzielle Situation des Rettungsdienstes zu erhalten. Er geht dabei insbesondere auf die Kostenerstattung durch die Kostenträger ein. In der öffentlichen Wahrnehmung bestehe häufig die Annahme, dass sämtliche Kosten vollständig erstattet würden. Vor diesem Hintergrund bittet er um Auskunft, wie es trotz dieser Erstattungen zu Verlusten kommen würde, da der Rettungsdienst kein klassischer Wirtschaftsbetrieb sei. Zudem fragt er nach der Einschätzung der finanziellen Entwicklung in den kommenden Jahren, um frühzeitig zu wissen, worauf sich der Träger vorbereiten müsse. Er weist darauf hin, dass der Rettungsdienst ein öffentlich diskutiertes Thema sei – insbesondere im Vorfeld von Kommunalwahlen – und dass es wichtig sei, möglichen Schaden vom Rettungsdienst abzuwenden.

Weiterhin fragt Herr Göring an, wie der ausgewiesene Verlust in Höhe von 83.000 € gedeckt werde und wie der Ausgleich erfolge. Darüber hinaus bittet er um Auskunft, ob es aufgrund unzureichender Werte bereits Neuverhandlungen mit den Kostenträgern gegeben habe und wie der aktuelle Stand dieser Gespräche sei.

Herr Ubben erläutert, es würde regelmäßige Verhandlungen mit den Krankenkassen geben. Nach seinem Kenntnisstand würden diese stets zeitversetzt statt. Grundlage seien jeweils die Ergebnisse der vergangenen Jahre, auf deren Basis das Budget für die Folgejahre neu festgelegt werde. Für das Ergebnis des Jahres 2021 habe es entsprechende Verhandlungen gegeben, sodass die Budgets fortlaufend angepasst würden. Er führt weiter aus, dass in die Berechnungen auch die Investitionskosten einfließen würden, insbesondere die Anschaffung neuer Rettungsfahrzeuge. Die von den Krankenkassen angesetzten Laufzeiten seien nach seiner Einschätzung zu lang bemessen, da die tatsächliche Laufleistung der Fahrzeuge so hoch sei, dass diese praktisch nach 1,5 bis 2 Jahren abgeschrieben seien. Hier bestehe Korrekturbedarf, zu dem Herr Althaus möglicherweise ergänzende Informationen geben könnte.

Bezüglich der Besetzung der Betriebsleitung erklärt Herr Ubben, dass Herr Althaus diese derzeit wahrnehme. Zum aktuellen Stand des Verfahrens könne er jedoch keine Auskunft geben.

Herr Verlee führt aus, ihm sei neben den bereits genannten Defiziten ein weiterer Punkt aufgefallen. Das für den Rettungsdienst zuständige Gremium habe gefühlt seit Jahren nicht mehr

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.03.2026

getagt. Vor diesem Hintergrund stellt er die Frage, ob ein solches Gremium künftig überhaupt noch benötigt werde.

Herr Althaus erläutert, dass er seit April 2023 kommissarischer Betriebsleiter des Rettungsdienstes sei. Im vergangenen Jahr habe man Kostenträgerverhandlungen geführt und diese bereits bis einschließlich 2025 abgeschlossen. Aktuell befinde man sich erneut in Gesprächen, um die Rahmenbedingungen für das Jahr 2026 festzulegen. Bereits in der kommenden Woche würde eine Videokonferenz stattfinden. Das sei die dritte in diesem Jahr. Er betont, es werde intensiv daran gearbeitet, die offenen Themen systematisch aufzuarbeiten.

Auf die Frage bezüglich des nicht mehr tagenden Gremiums entgegnet Herr Althaus, dass es die GbR nicht mehr geben würde.

Herr Hemken greift die zuvor gestellte Frage auf, weshalb überhaupt ein Minus entstehen könne. Er erinnert daran, dass die Annahme, sämtliche Kosten würden vollständig übernommen, nicht zutreffen würde. Gerade aus dem Pflegebereich wisse man, dass nicht alle angemeldeten Aufwendungen tatsächlich erstattet würden. Er bittet darum, dieses noch einmal zu erläutern und klarzustellen, dass nicht jeder gemeldete Aufwand automatisch refinanziert werde.

Herr Jahnke bezieht sich auf die Frage nach der Entstehung eines negativen Jahresergebnisses. Er stellt heraus, dass es in den vergangenen Jahren immer wieder auch Überschüsse gegeben habe, was völlig normal sei. Ebenso würde es Jahre mit Verlusten geben, die sich im Laufe der Zeit wieder ausgleichen würden. Entscheidend sei jedoch, dass die Stadt Emden bislang noch nie finanzielle Mittel in den Betrieb des Rettungsdienstes habe zuschießen müssen. Die Budgets seien über die jeweiligen Laufzeiten stets auskömmlich gewesen.

Er ergänzt den Wortbeitrag von Herrn Althaus und erklärt, eine neue Bedarfsplanung sei erstellt worden – sowohl hinsichtlich der Fahrzeuge als auch deren Einsatzzeiten am Tag und in der Nacht. Genau diese Bedarfsplanung sei derzeit ein Streitpunkt in den Verhandlungen mit den Krankenkassen. Die Gespräche würden sich bereits über mehrere Monate hinziehen, da die Genehmigung eines zusätzlichen Fahrzeugs oder weiterer Einsatzstunden für die Kostenträger – und damit letztlich für die Versicherten – finanzielle Auswirkungen habe. Entsprechend zäh würden die Verhandlungen laufen.

Er führt weiter aus, dass die Budgetverhandlungen für 2026 erst dann geschlossen werden könnten, wenn dieser Verhandlungskomplex bereinigt sei. Wäre es nicht zu Verzögerungen gekommen, hätte man wie vorgesehen bereits Ende 2025 das Budget für 2026 verhandeln können.

Abschließend weist Herr Jahnke darauf hin, dass die Gesellschaft keineswegs dauerhaft Verluste erwirtschaftete. Ein Blick auf die Passivseite der Bilanz zeige, dass weiterhin Rücklagen vorhanden seien. Diese Rücklagen seien Ergebnis früherer Verhandlungen und würden in Jahren mit negativen Ergebnissen in Anspruch genommen. Dieses sei ein normaler Prozess. Grundsätzlich müsse der Betrieb des Rettungsdienstes auskömmlich finanziert werden.

Im Anschluss ergänzt **Herr Althaus** seine vorherigen Ausführungen und erläutert, dass der Bedarfsplan die Grundlage dafür bilde, gegenüber den Krankenkassen zu begründen, wie viele Rettungsfahrzeuge benötigt würden. Auf dieser Basis müsse anschließend auch der Personalbedarf geplant werden. Diese beiden Bereiche stünden in einem engen Zusammenhang mit den laufenden Kostenverhandlungen für das Jahr 2026. Derzeit arbeite man gemeinsam daran.

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.03.2026

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt,

1. gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG den Jahresabschluss des Optimierten Regiebetriebes 836 Rettungsdienst für das Haushaltsjahr 2021,
2. die Entnahme des ordentlichen Fehlbetrages 2021 in Höhe von insgesamt 82.920,60 Euro aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 123 Abs. 1 Satz 1 NKomVG und § 24 Abs. 1 S. 1 KomHKVO, und
3. gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2021.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Emden über die Prüfung des Jahresabschlusses 2021 des Vereins Musische Akademie Emden e. V.
Vorlage: 18/1910

Herr Luitjens begrüßt Herr Kokkelink und erteilt zunächst Herrn de Boer das Wort.

Herr de Boer weist darauf hin, dass es sowohl eine gute als auch weniger gute Nachricht geben würde. Die weniger gute Nachricht bestehe darin, dass sich die aktuelle Betrachtung noch auf das Jahr 2021 beziehe. Er erläutert, dass dieses mit den bestehenden Rückständen in der Aufbereitung der Jahresabschlüsse des Vereins zusammenhänge. Die gute Nachricht sei jedoch, dass das Jahr 2021 insgesamt sehr positiv verlaufen sei.

Weiter stellt Herr de Boer heraus, dass bei der Musikschule zwei organisatorische Stränge zu unterscheiden seien. Zum einen der eingetragene Verein, in dem das klassische Musikschulgeschäft verortet sei, und zum anderen die Stiftung, deren Aufgabe es sei, finanzielle Mittel zur Unterstützung der Musischen Akademie zu generieren.

Er bemerkt, aktuell arbeite man daran, die verbliebenen Rückstände im Bereich des Vereins aufzuarbeiten. Den Jahresabschluss 2021 habe er im Sommer erhalten und einer Plausibilitätsprüfung unterzogen. Aufgrund einiger Unstimmigkeiten – insbesondere im Bereich der Abschreibungen sowie der eingeworbenen Zuschüsse, zu denen Herr Kokkelink später noch Ausführungen machen werde – sei gemeinsam entschieden worden, den Abschluss zur Überarbeitung zurückzugeben. Diese Korrekturen würden sich auch auf die Folgejahre auswirken, weshalb der Jahresabschluss 2022 noch nicht vorliege. Herr de Boer zeigt sich jedoch zuversichtlich, dass sowohl die Abschlüsse 2022 als auch 2023 noch im laufenden Jahr vorgelegt werden könnten.

Anschließend stellt er anhand einer PowerPoint-Präsentation den Jahresabschluss 2021 vor. Die Präsentation ist [hier](#) einsehbar.

Herr Luitjens bedankt sich und bittet Herrn Kokkelink um seine Ausführungen.

Herr Kokkelink bedankt sich für die zuvor vorgestellten Zahlen. Er betont, dass die Musikschule während der Coronazeit vor erheblichen Herausforderungen gestanden habe. Das Kurzarbeitergeld sei letztmalig im Juni 2021 abgerechnet worden. Insbesondere in den ersten sechs Monaten des Jahres habe es deutliche Einschränkungen im Präsenzbetrieb gegeben. Da

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.03.2026

ein Großteil der pädagogischen Arbeit auf persönliche Begegnung angewiesen sei, habe dieses die Arbeit stark erschwert.

Er erläutert, dass sich das Kollegium – wie bereits im Jahr 2020 – sehr schnell auf digitale Alternative eingestellt habe. Dazu gehörten Videokonferenzen, der Einsatz von Videokommunikation sowie selbst produzierte Videos für nahezu alle Bereiche, vom Kindergarten bis zum Instrumentalunterricht. Diese Formate seien 2021 intensiv genutzt worden. Um die Verteilung der Videos zu erleichtern, sei bereits 2020 ein YouTube-Kanal eingerichtet worden, der inzwischen rund 170.000 Aufrufe und 400 Abonnenten verzeichne. Zwar werde der Kanal aktuell kaum noch aktiv bespielt, doch habe er sich als effizientes Medium zur Bereitstellung von Unterrichtsmaterial bewährt.

Herr Kokkelink hebt hervor, dass die digitale Weiterentwicklung auch finanziell positive Effekte habe. Über insgesamt drei Förderprogramme habe man rund 120.000 € an Zuschüssen einwerben können. Besonders hervorzuheben sei die Förderung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, über die ein Zuschuss von 100.000 € bei lediglich 15.000 € Eigenanteil bewilligt worden sei. Damit habe man u. a. iPads für das gesamte Kollegium sowie digitale Ausstattungspakete für etwa 40 Mitarbeitende anschaffen können. Diese Investitionen hätten die Musikschule nachhaltig vorangebracht – auch über die Pandemiezeit hinaus.

Er betont, dass die Beantragung der Fördermittel mit erheblichem Aufwand verbunden gewesen sei, sich jedoch als äußerst erfolgreich erwiesen habe. Insgesamt habe die Musikschule das Beste aus der schwierigen Situation gemacht, zusätzliche finanzielle Spielräume geschaffen und sowohl in technischer Ausstattung als auch in medienpädagogischen Kompetenzen deutliche Fortschritte erzielt. Die pädagogische Arbeit im Kollegium sei dadurch gestärkt worden, sodass trotz der Belastungen viel Positives aus der Krise hervorgegangen sei.

Herr Luitjens bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Göring bedankt sich für die ausführlichen Informationen und erklärt, ihn interessiere die Entwicklung der Schülerzahlen. Er verweist darauf, dass die Zahlen im Jahr 2021 deutlich zurückgegangen seien, und vermute einen starken Zusammenhang mit den pandemiebedingten Einschränkungen. Er fragt an, ob sich die Situation inzwischen wieder normalisiert habe.

Weiterhin spricht Herr Göring das Thema der Honorarkräfte an, das bereits in früheren Sitzungen diskutiert worden sei. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Stand und der weiteren Entwicklung in diesem Bereich.

Herr Kokkelink erklärt bezüglich der Entwicklung der Schülerzahlen, dass es zwar während der Pandemie eine gewisse Delle gegeben habe, insgesamt habe sich die Lage jedoch wieder stabilisiert. Ein Teil des Rückgangs sei zudem nicht coronabedingt gewesen. Bereits 2019 sei eine Kooperation mit der Herrentorschule ausgelaufen, da dort keine zweite Lehrkraft mehr zur Verfügung gestanden habe. Diese Kooperation habe zwar nur wenige Unterrichtsstunden umfasst, jedoch sehr große Gruppen, sodass viele Schülerinnen und Schüler in die Statistik eingeflossen seien.

Während der Pandemie seien der Musikschule insgesamt nur wenige Schülerinnen und Schüler verloren gegangen. Einzelne Angebote – etwa Bläserklassen – hätten zeitweise pausieren müssen, da sie weder im Präsenz- noch im Distanzunterricht sinnvoll durchführbar gewesen seien. Dieses habe sich jedoch wieder normalisiert. Im Vergleich zu anderen Musikschulen, die ihre Kooperation nach der Pandemie mühsam neu aufbauen mussten, habe man in Emden durch die kontinuierliche digitale Kommunikation – insbesondere über Videos – den Kontakt zu den Partnern aufrechterhalten können. Dadurch sei ein nahtloser Wiedereinstieg möglich gewesen.

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.03.2026

Bezüglich der Honorarkräfte berichtet Herr Kokkelink, dass die Situation inzwischen nahezu vollständig gelöst sei. Die meisten Honorarverträge seien in feste Anstellungsverhältnisse umgewandelt worden. Es würde jedoch eine Übergangsregelung bis Ende 2026 geben, die erlaube, in begrenztem Umfang weiterhin Honorarkräfte zu beschäftigen. Diese werde derzeit für Lehrkräfte genutzt, bei denen besondere Umstände vorliegen würden etwa Rentnerinnen und Rentner, Personen mit sehr geringem Stundenumfang oder Lehrkräfte aus den Niederlanden. Für diese Gruppen seien bereits vom Bundesverband Ausnahmeregelungen angeregt worden, da feste Verträge hier nur schwer umsetzbar seien. Weiter führt er aus, durch den Regierungswechsel im März 2025 und die Neubesetzung des Arbeitsministeriums habe sich die Klärung dieser Fragen verzögert. Man wisse daher noch nicht, wie die endgültige Regelung aussehen werde. Dennoch betont Herr Kokkelink, dass das frühere Hauptproblem weitgehend gelöst sei, da man den überwiegenden Teil der Honorarkräfte inzwischen regulär anstellen konnte.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Prüfungsmitteilung des Nds. Landesrechnungshofs über die überörtliche Kommunalprüfung: "Umsetzung Bundesteilhabegesetz (BTHG)"
Vorlage: 18/1916

Herr Ubben weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt bereits am Vortag im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration ausführlich vorgestellt und diskutiert worden sei. Die Geschäftsordnung des Rates schreibe jedoch vor, dass überörtliche Berichte auch dem Rechnungsprüfungsausschuss vorzustellen seien. Dieser Verpflichtung komme man selbstverständlich nach.

Frau Hilbers erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die überörtliche Kommunalprüfung „Umsetzung Bundesteilhabegesetz“ des Nds. Landesrechnungshofes.

Die Präsentation ist [hier](#) einsehbar.

Herr Luitjens bedankt und bittet um Wortmeldungen.

Herr Hemken fragt an, wo die Versorgungslücken gewesen seien.

Frau Hilbers erläutert, hierbei habe es sich zum Teil um Kleinkinder gehandelt, für die kurzfristig kein integrativer Kitaplatz zur Verfügung gestanden habe. In solchen Fällen werde zunächst über die Frühförderung weitergefordert, bis nach einigen Monaten ein geeigneter Kitaplatz bereitgestellt werden könne. Sie verweist auf ein Beispiel, das sie bereits am Vortag genannt habe. In der Frühförderung komme es gelegentlich zu deutlichen Schwankungen, sodass zeitweise mehr Kinder betreut werden müssten, als in Emden versorgt werden könnten. In solchen Situationen werde bei anderen Frühförderstellen angefragt, ob diese die zusätzlichen Kinder vorübergehend mitbetreuen könnten, um die entstehende Lücke zu schließen. Dabei handele es sich in der Regel nicht um dauerhafte Engpässe, sondern um vorübergehende Belastungsspitzen, die auf diese Weise aufgefangen würden.

Auf die Frage von **Herrn Hemken**, ob es noch mehr Bemerkungen seitens des Landesrechnungshofes gegeben habe, antwortet **Frau Hilbers**, es habe im Rahmen der Prüfung einige Kritikpunkte gegeben, insbesondere im Bereich der Fallzahlen, die teilweise als zu hoch bewertet worden seien. Auch die Angebotsplanung sei bemängelt worden, da sie bislang noch nicht ausreichend strukturiert erfolgt sei. Im Vergleich zu anderen Kommunen habe Emden jedoch den Vorteil gehabt, dass alle relevanten Daten kurzfristig bereitgestellt werden konnten, da sie in verschiedenen Tabellen bereits vorgelegen hätten. Frau Hilbers räumt ein, dass die

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.03.2026

Daten bislang nicht gebündelt vorgelegen hätten und die Angebotsplanung grundsätzlich eine Herausforderung darstelle. In der Praxis laufe der Prozess häufig umgekehrt ab: Die Anbieter kämen mit Vorschlägen auf die Verwaltung zu. Nur in besonderen Einzelfällen werde gemeinsam mit den Anbieter nach individuellen Lösungen gesucht. Dabei würden jedoch in der Regel keine neuen Angebote entstehen, sondern es würden gezielt einige Versorgungslücken geschlossen.

Herr Hemken erkundigt sich anschließend, ob es eine konkrete Frist oder eine Empfehlung geben würde, bis wann die angesprochenen Punkte umgesetzt oder erledigt sein müssten.

Frau Hilbers erklärt, der Stadt Emden sei keine konkrete Frist gesetzt worden. Eine solche wäre ihrer Ansicht nach auch schwer umzusetzen. Deutlich gemacht worden sei jedoch, dass insbesondere beim Controllingkonzept Handlungsbedarf bestehe. Hier habe die Prüfbehörde klar formuliert, dass dieses Thema aktiv bearbeitet werden müsse. Frau Hilberts betont, dass man daran bereits seit über zwei Jahren arbeite.

Frau Snakker ergänzt, dass im Prüfbericht keine Frist gesetzt worden sei, was bei solchen Berichten auch nicht unüblich sei. Fristen gebe es in der Regel nur im Vorfeld, wenn zu Entwürfen Stellung genommen werden müsse. Nach Abschluss des Prüfverfahrens diene der endgültige Bericht vor allem der Kenntnisnahme. Dennoch arbeite die Verwaltung selbstverständlich an den angesprochenen Themen weiter, da auch ein eigenes Interesse an Verbesserungen bestehen würde.

Weiter führt Frau Snakker aus, es sei bereits eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die sich mit Fragen rund um die heilpädagogische Förderung befasse. Ziel sei es u. a. zu prüfen, ob die Stadt Emden möglicherweise schneller Leistungen gewähre als andere Kommunen. Hinweise darauf hätten sich jedoch nicht ergeben. Das Verfahren sei standardisiert, die Prüfung erfolge im Fachdienst Gesundheit und es gebe dabei keinerlei Spielräume. Auffällig sei vielmehr, dass die Fallzahlen überall steigen würden und Emden häufig mit Flächenlandkreisen verglichen werde, die aufgrund längerer Wege und anderer Angebotsstrukturen ganz andere Rahmenbedingungen hätten. Dort würden Angebote teilweise gar nicht in Anspruch genommen, weil die Wege zu weit seien. In Emden hingegeben sei das System klein und eng vernetzt. Anbieter und Verwaltung stünden in engem Austausch, was grundsätzlich positiv sei und schnelle Hilfe ermögliche.

Abschließend betont Frau Snakker, diese enge Vernetzung führe auch dazu, dass Kinder mit festgestelltem Bedarf sehr schnell in eine Versorgung kämen, weil unkompliziert Kontakt aufgenommen und Unterstützung organisiert werden könne – entweder durch die Hilfeplaner oder durch den Fachdienst Gesundheit.

Herr Hemken fragt nach, ob die hohen Fallzahlen in Emden darauf zurückzuführen seien, dass Kinder hier besonders schnell in eine Versorgung aufgenommen würden.

Frau Snakker bestätigt, dass dieses sicherlich einer der Gründe sei. Sie betont, dass die Fallzahlen insgesamt bundesweit ansteigen würden. Sie verweist auf eine Vielzahl gesellschaftlicher Entwicklungen wie zunehmende Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern oder einen höheren Medienkonsum, die insgesamt zu veränderten Bedarfen führen würden. Warum die Fallzahlen in Emden im Vergleich besonders hoch seien, lasse sich jedoch nicht eindeutig erklären. Emden habe bereits in der Vergangenheit überdurchschnittliche hohe Fallzahlen gehabt. Eine klare Ursache könne sie jedoch nicht benennen.

Herr Verlee stellt eine grundsätzliche Frage an die Verwaltung. Angesichts der zuvor erwähnten Konzepte und Analysen möchte er wissen, ob es der Verwaltung offiziell erlaubt sei, Künstliche Intelligenz zu nutzen. Er fragt an, auf welchen Systemen entsprechende Analysen basieren würden, falls der Einsatz von KI zulässig sei.

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.03.2026

Herr de Boer erläutert, dass beim Einsatz von KI in der Verwaltung zahlreiche Aspekte zu berücksichtigen seien. Neben dem Datenschutz spiele insbesondere auch der Schutz geistigen Eigentums eine wichtige Rolle. Die Stabsstelle Digitalisierung habe das Thema bereits aufgegriffen und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet. Zudem befinde sich eine Dienstvereinbarung zum Umgang mit KI derzeit in der Abstimmung.

Er führt aus, dass KI in bestimmten Bereichen bereits eingesetzt werden könne, etwa zur Unterstützung bei Textarbeiten. Die Stabsstelle Digitalisierung und Organisationsentwicklung habe hierzu ein Konzept entwickelt, um den Einsatz weiter voranzutreiben. Sobald jedoch Spezialsoftware betroffen sei, stelle sich die Frage, aus welchen Quellen die KI ihre Daten beziehe, wer darauf zugreifen könne und wo diese gespeichert werden dürften. Auch europarechtliche Vorgaben wie Angemessenheitsbeschlüsse, z. B. zu den USA, spielten dabei eine Rolle. Gerade als öffentliche Verwaltung müsse man hier besonders vorsichtige agieren. Dennoch sei das Thema fest verankert und werde aktiv weiterverfolgt. Herr de Boer betont abschließend, dass man mit der notwendigen kritischen Haltung an die Sache herangehe, gleichzeitig aber auch die Chancen erkenne und den eingeschlagenen Weg weitergehen wolle.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Rechnungsprüfungsamtes

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 12 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.